

BILDUNG

Union will Schulreformen nur noch im Konsens

Die Hamburger Schulreform ist gescheitert. Nun fordern Unions-Politiker, bildungspolitische Experimente vorerst einzustellen.

Schavan will keine bildungspolitischen Experimente im Bund. Zuvor war die von ihrem Unionskollegen von Beust initiierte Schulreform in Hamburg gescheitert

von Thomas Vitzthum

20. Juli 2010

Monatelang hatte sie nichts zu den Hamburger Schulreformplänen sagen wollen. Am Tag nach dem Bürgerentscheid machte Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) aus ihrem Herzen keine Mördergrube mehr. Schon früh am Tage, im „Morgenmagazin“ von ARD und ZDF, brach es aus ihr heraus: „Die Bürger sind es satt, dass ständig an den Schulstrukturen herumgedoktert wird.“ Die Ablehnung der vom schwarz-grünen Senat geplanten Reform sei ein Impuls, über die „wirklich wichtigen Fragen des Bildungsystems“ nachzudenken. Was aber sind die wirklich wichtigen Fragen?

Sicher ist nur: Es gibt Reformbedarf in fast allen Bundesländern; das Bürgervotum gegen das längere gemeinsame Lernen der Grundschüler bis zur sechsten Klasse hat daran nichts geändert. Doch die als Reformen angetretenen Politiker mahnen nun zur Vorsicht. „Dialog“, „Konsens“, „die Betroffenen mitnehmen“ sind Schlagworte, die aus dem Saarland, Nordrhein-Westfalen und Thüringen zu hören sind, wo Reformen geplant sind. Die CDU, die in Erfurt und Saarbrücken den Ministerpräsidenten stellt, geht bereits auf Distanz. „Es gibt Grenzen des Kompromisses mit dem Koalitionspartner“, sagte der Fraktionschef der Thüringer CDU, Mike Mohring, WELT ONLINE.

Hamburg habe gezeigt, dass sich die Partei zu viel habe abnehmen lassen. In den anstehenden Verhandlungen mit der SPD müsse die CDU in Thüringen ihren Markenkern mit einem gegliederten Schulsystem herausstellen. Saarlands Regierungschef Peter Müller verteidigt zwar das Konzept seiner Jamaikakoalition. Doch wirkt sein überdeutlicher Hinweis, dass man nur fünf Jahre gemeinsames Lernen geplant habe und das Gymnasium mit einer Verfassungsgarantie versehen wolle, als wollte er die Pläne bis zur Unsichtbarkeit kleinreden.

Aus Bayern hallen die lautesten Rufe nach einem Stopp der Reformen. „Die Konsequenz aus Hamburg muss lauten: Schluss mit den Schulexperimenten!“, sagte CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt WELT ONLINE. Das Hamburger Votum sei eine klare Absage der Menschen an ideologiegeprägte Umbauten. Dobrindt sieht die Kultusministerkonferenz in der Pflicht: „Alle Umbaupläne in NRW oder anderswo gehören nach dem eindeutigen Hamburger Bürgervotum sofort gestoppt. Das gehört auf die Tagesordnung der Konferenz.“

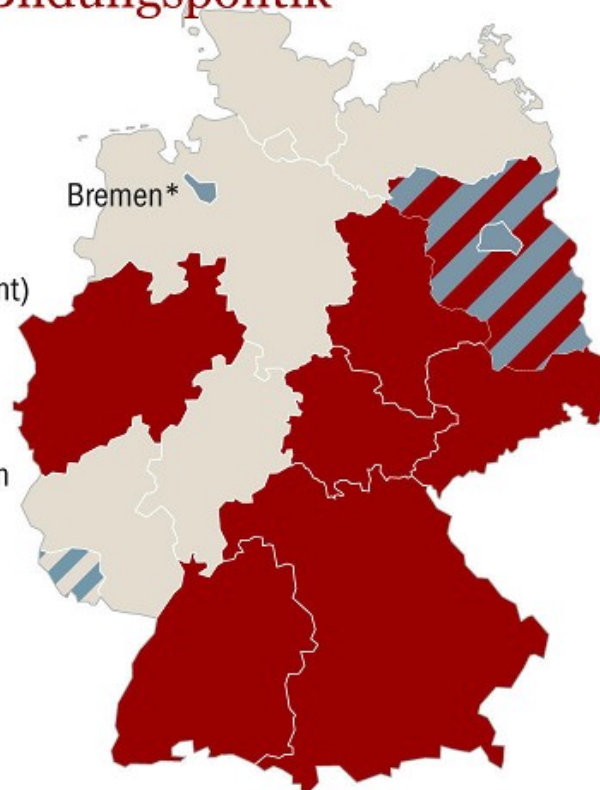
Der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands glaubt, dass es dazu eines Votums der Kultusminister überhaupt nicht bedarf. „Niemand wird sich in den nächsten zehn Jahren trauen, das längere gemeinsame Lernen durchzusetzen“, so Heinz-Peter Meidinger.

Doch welche Reformen sind nun noch zu erwarten – und vor allem vermittelbar? Ein Element der Hamburger Pläne, das der Volksentscheid nicht betraf, ist die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule zu einer neuen Schulform, der Stadtteilschule. Dieser Weg führt nach Meinung von Lehrern, Eltern und Politikern quer durch alle Parteien durchaus in die Zukunft. Im Osten Deutschlands steht das Schulsystem meist schon auf zwei Säulen – dem Gymnasium und einer Schule, die das Abitur ebenso wie Haupt- und Realschulabschluss anbietet. Der Westen orientiert sich daran, denn der Ruf der Hauptschule ist ruiniert, und viele Schulen bluten aufgrund des demografischen Wandels aus. Das Gymnasium ist nach Hamburg sakrosankt, so dürften sich die Reformanstrengungen sinnvollerweise auf die Gestaltung der zweiten Säule konzentrieren.

Annette Schavan mahnt derweil, den reformerischen Impetus in die Lehrerbildung zu stecken. „Die wichtigsten Erfolgsfaktoren für Schulen sind guter Unterricht und überzeugende Lehrer“, sagte die Bundesministerin dieser Zeitung. Deshalb gehöre die Ausbildung und Fortbildung von Lehrern in der Agenda der Bildungspolitik ganz nach oben.

Flickenteppich Bildungspolitik

-  Grundschule 4 Jahre, Elternwahlrecht für die weiterführende Schule
 -  Grundschule 6 Jahre (Saarland: 5 Jahre geplant)
 -  Lehrer und/oder Notendurchschnitt entscheiden über Wechsel aufs Gymnasium
- *4 oder 6 Jahre



Quelle: dpa

FOTO: INFOGRAFIK WELT ONLINE